

32. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

27. Feber 1957

94/J

A n f r a g e

der Abgeordneten K a n d u t s c h, Dr. Z e c h m a n n und Genossen  
an den Bundesminister für soziale Verwaltung,  
betreffend zunehmende Verzögerung in der Erledigung von Anträgen und Beschwerden  
der Kriegsofper.

-.-.-.-

Die schleppende Behandlung der Berufungsanträge im Bereiche des Landes-  
invalidenamtes <sup>Wien,</sup> Niederösterreich und Burgenland hat in den letzten Jahren ein un-  
gewöhnliches Ausmaß erreicht.

Der Rechnungshof hat in seinem Tätigkeitsbericht im besonderen den verhält-  
nismäßig hohen Prozentsatz der Vertagungen bei der Schiedskommission des genannten  
Invalidenamtes bemängelt.

Diese Unzulässigkeit der Schiedskommission bringt es mit sich, daß einer-  
seits den Kriegsofpern der Anfall ihrer Ansprüche ungebührlich lange vor<sup>ent</sup>halten  
bleibt, andererseits dem Staat ein Verwaltungsmehraufwand erwächst.

Daß die Ansprüche der Kriegsofper auf Grund von Beschwerden an den Verwal-  
tungsgerichtshof jahrelang keine Erledigung finden, bedeutet eine weitere Benach-  
teiligung der Kriegsofper.

Der Grund für diese Verzögerung in der Gewährung von Leistungen liegt in der  
unzulänglichen Besetzung des Verwaltungsgerichtshofes, deren Ursache wieder in der  
Schwierigkeit proporzlicher Ausrichtung gelegen erscheint.

Wenn auch eine Abhilfe dieser bedauerlichen Gegebenheit nicht im Wirkungs-  
bereiche des Bundesministeriums für soziale Verwaltung liegt, bedeutet es immer-  
hin eine Sorglosigkeit der verantwortlichen Organe, einen Zustand zu belassen,  
der den Anfall ohnedies nicht reichlicher Versorgungsleistungen unverhältnismäßig  
lange verzögert.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister  
für soziale Verwaltung die

A n f r a g e:

1.) Ist der Herr Bundesminister bereit, Maßnahmen zu treffen, die eine be-  
schleunigte Erledigung der Berufungsanträge der Kriegsofper bei der Schiedskommission  
des Landesinvalidenamtes Wien, Niederösterreich und Burgenland gewährleisten?

2.) Ist der Herr Bundesminister bereit, sich dafür einzusetzen, daß die seit  
langen notwendig gewordenen Neueinstellung von Verwaltungsrichtern verwirklicht und  
hiebei auch auf einen auf dem Gebiete der Kriegsofperversorgung versierten Ver-  
waltungsbeamten Bedacht genommen wird?

-.-.-.-